



Bremen-Nord-Plan

2015 bis 2019

Programm zur Bürgerschaftswahl

am 10. Mai 2015

Inhalt

Präambel	3
Bildung	5
Soziales	6
Unterstützung von Zuwanderern	7
Arbeit und Wirtschaft	7
Gesundheit	9
Kultur	10
Stadtentwicklung und Wohnen	11
Stadtentwicklung und Verkehr	12
Energie und Umwelt	14
Wissenschaft und Forschung	15
Sport	16
Öffentliche Sicherheit	17
Beiräte und Ortsämter	18

Präambel

Bremen ist bei der **Haushaltskonsolidierung** auf dem richtigen Weg. In den vergangenen drei Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt. Bremen ist deutlich unter der Obergrenze für die zulässige Neuverschuldung geblieben und hat sich dadurch die jährliche Konsolidierungshilfe von Bund und Ländern in Höhe von 300 Millionen Euro sichern können. Damit wir das Ziel, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, erreichen, sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Trotz aller Beschränkungen in den öffentlichen Finanzen haben wir uns in unserem Bremen-Nord-Plan das Ziel gesetzt, Bremen-Nord zukunftsfähig und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Für uns gilt, dass die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens Hauptaufgabe und Auftrag der politischen Verantwortlichen ist.

Wir Sozialdemokraten in Bremen-Nord sind uns bewusst, dass wir keine Versprechungen machen können, von denen wir heute schon wissen, dass wir sie morgen nicht halten können. Vielmehr geht es darum, das vorhandene Geld gut anzuwenden.

Gute **Bildung** ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Kinder. Deshalb steht nach wie vor Bildung für uns an erster Stelle. Der Erhalt und der Ausbau des Bildungshaushalts muss daher oberstes Ziel der Bildungspolitik in Bremen-Nord sein. Insbesondere die inklusive Beschulung stellt auch in Bremen-Nord ein wichtiges Beteiligungsfeld dar, für das die SPD Bremen-Nord sich weiterhin stark macht.

Die SPD in Bremen-Nord setzt sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau von Ganztagschulen und Hortplätzen ein, damit eine verlässliche Betreuung der Kinder gewährleistet werden kann; bis zur flächendeckenden schulischen Ganztagsversorgung müssen bedarfsgerechte Hortplätze vorhanden sein. Dabei haben zwei Ziele gleiches Gewicht: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Chancengleichheit von Kindern aus so genannten sozial benachteiligten Familien.

Das Betreuungsplatzangebot für **Kinder** unter drei Jahren (U3) wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Der Betreuungsbedarf wird in Bremen-Nord zukünftig weiter steigen. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der U3-Plätze in Bremen-Nord ein. Gerade in Quartieren mit hohem Zuwandereranteil ist die Nachfrage nach einer U3-Betreuung aber relativ gering, obwohl hier die Kinder beim Erwerb sprachlicher Kenntnisse von der frühkindlichen Bildung am meisten profitieren. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Akzeptanz der frühkindlichen Bildung in diesen Quartieren in Bremen-Nord beispielhaft für Bremen durch Information und Aufklärung erhöht wird.

Ziel einer sozialdemokratischen **Sozialpolitik** in Bremen-Nord ist es, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und solange wie möglich zu erhalten. Wir setzen uns für eine **Familienpolitik** ein, die beiden Partnern die Möglichkeit einer Berufstätigkeit gewährt, aber vor allem auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien gleiche Chancen ermöglicht. Der Erhalt von Selbstbestimmung und Selbständigkeit sowie der längstmögliche Verbleib in den vertrauten eigenen vier Wänden sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Altenpolitik.

Arbeit spielt im Leben der Menschen eine herausragende Rolle. Sie dient nicht nur zum Erwerb des Lebensunterhalts; für sehr viele Menschen gehört sie zu ihrem Lebenssinn. Durch Arbeitslosigkeit hat man nicht nur weniger Geld zur Verfügung; Arbeitslosigkeit grenzt aus und kann krank machen.

Bremen-Nord ist nach wie vor ein bedeutender Industriestandort im Land Bremen und leistet einen erheblichen Beitrag zum Arbeitsplatzbestand der Region. Damit weiterhin Arbeitsplätze geschaffen werden können, bedarf es in Bremen-Nord besonderer Impulse für Investitionen, Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Um die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen zu

vermeiden, wollen wir beim Übergang von der Schule in das Berufsleben niemanden zurücklassen. Wir begrüßen die Initiative der Ausbildungsgarantie, durch die alle Jugendlichen eine Chance auf den Erwerb eines Berufsabschlusses bekommen und unnötige Warteschleifen vermieden werden.

Um den Menschen, die dauerhaft auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung mehr finden, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, wollen wir weiter öffentliche Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse fördern. Erfahrene Beschäftigungs- und Weiterbildungsträger wie das ALZ und die BRAS leisten hier in der Region eine gute Arbeit und sind für die Zielerreichung unverzichtbar.

Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger und beschäftigungsrelevanter Zukunftsbereich. Neben dem Klinikum Bremen-Nord gehören hierzu die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie die Stiftung Friedehorst mit ihren gesundheitswirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Das Thema Gesundheit darf aber nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Für uns leistet der solidarisch finanzierte Gesundheitsbereich auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir wollen das qualitativ gute Niveau der kommunalen gesundheitlichen Versorgung in Bremen-Nord erhalten und weiter ausbauen. Von zentraler Bedeutung ist hierbei weiterhin unser Klinikum Bremen-Nord.

Das **kulturelle Angebot** einer Stadt ist ein wichtiger Standortfaktor für Firmen und Arbeitnehmer/innen, die sich in Bremen-Nord ansiedeln wollen. Es trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei und motiviert Menschen zur Teilhabe am öffentlichen Leben. Begegnungen über soziale Grenzen hinweg werden ermöglicht. Für den Erhalt des vielfältigen kulturellen Angebots in Bremen-Nord ist eine auskömmliche finanzielle Ausstattung aller kulturellen Einrichtungen durch Programm- und Projektmittel notwendig.

Bremen-Nord, mit seinen historischen Parks und Gärten und mit dem einzigartigen Naturerlebnis der „Bremer Schweiz“, ist als Naherholungsgebiet aber auch für den Tagestourismus attraktiv. Wir wollen diesen einzigartigen Natur- und Lebensraum erhalten und weiterentwickeln. Die Umweltkatastrophe beim Tanklager in Farge verlangt eine schrittweise zügige Sanierung von Boden und Grundwasser. Wie werden nicht nachlassen, vom Umweltressort die Erarbeitung von Lösungswegen einzufordern.

Die SPD in Bremen-Nord bekennt sich zur **Energiewende**. Wir werden daran mitarbeiten, für regenerative Energien (Windkraft, Sonne, Erdwärme) Standorte in Bremen-Nord zu finden, durch die wir unseren Beitrag zur Energiewende erhöhen können. Dabei werden wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, aber auch deutlich machen, dass das Gelingen der Energiewende in unser aller Verantwortung liegt.

Bremen-Nord als Wohnstandort im „Grünen“ sehr beliebt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Bremen-Nord bezahlbarer und der Nachfrage angemessener **Wohnraum** geschaffen wird. Neben der Modernisierung von vorhandenem Wohnraum setzen wir uns für die Ausweisung von Neubaugebieten ein. Neben der Nachnutzung geeigneter Flächen steht für uns hier die Schließung von Baulücken im Vordergrund. Wer in Bremen-Nord wohnt, soll auch wohnortnah einkaufen können. Dazu muss das Zentren- und Nahversorgungskonzept einen Rahmen bieten und Handlungsanweisungen vorhalten. Es soll kein starres Korsett bilden, das ein sachgerechtes Entscheiden über die Ansiedlung von Einzelhandel verhindert.

Eine gute **Verkehrspolitik** zeichnet sich nach Auffassung der SPD dadurch aus, dass Individualverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr, der umweltfreundliche Fahrradverkehr und der Wirtschaftsverkehr nicht gegeneinander gestellt werden, sondern neben- und miteinander Berücksichtigung finden. Neben dem zügigen Bau des Wesertunnels im Verlauf der A 281 unterstützen wir die Ausweitung des Carsharingangebots und der Elektromobilität in Bremen-Nord.

Bildung

Bildung ist einer der wichtigsten Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik. Der Erhalt und der Ausbau des **Bildungshaushalts** muss daher vordergründiges Ziel der Bildungspolitik in Bremen-Nord sein.

Die **Schul- und Unterrichtsqualität** aller Bremen-Norder Schulen sowie deren unterstützenden Einrichtungen müssen materiell und personell ausgebaut und vorangetrieben werden, um auch weiterhin eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Bildungslandschaft anbieten zu können. Der Lehrerschlüssel muss angepasst und aufgewertet werden, um „Behelfsmodelle“ (Feuerwehrlehrkräfte, Abordnungen, Unterrichtsausfälle, Kompensation des Unterrichts durch erhöhte Unterrichtsbelastung von Referendaren etc.) künftig auszuschließen.

Die Qualifikation der Lehrkräfte muss stärker als bisher den Bedürfnissen der Inklusion, der Mehrsprachigkeit und der zunehmenden kulturellen Vielfalt angepasst werden.

Die sprachliche Förderung der Schülerinnen und Schüler muss sowohl vorschulisch und in der Primarstufe als auch in den weiterführenden Schulen vorangetrieben werden.

Der Übergang von der KiTa zur Grundschule ist immer noch verbesserungswürdig. Die Grundschule Schönebeck hat ein Konzept vorgelegt („Pädagogisches Gesamtkonzept für alle Kinder im Alter von 1-10 Jahren“), das auf Umsetzbarkeit geprüft werden müsste.

Auch die **sozialpädagogische** Ausstattung der Schulen muss intensiviert und ausgebaut werden.

Bei den vorgenannten Punkten ist die Orientierung an den Sozialindikatoren unerlässlich.

Die Ausgestaltung von G8 und G9 muss vorangetrieben werden, ebenso wie das Ziel einer besseren Durchlässigkeit.

Wir streben eine Neuauflage des **Schulkonsenses** an.

Die **inklusive Beschulung** in Bremen-Nord erfordert die komplette Besetzung der Personalstellen, die direkt mit den SchülerInnen im Unterricht befasst sind, mit entsprechend ausgebildeten Lehrern, Sozial- und Sonderpädagogen usw.. Nicht nur das REBUZ muss gut aufgestellt sein: vor allem muss Kompetenz im Unterricht gesichert sein. Dazu gehört, dass jede Grundschule ein eigenes Zentrum für unterstützende Pädagogik hat.

Es reicht für Bremen-Nord nicht aus, nur eine Berufliche Schule in Vegesack anzubieten, die die Förderung von Jungen und Mädchen mit W+E übernimmt. Berufliche Schulen in Burglesum und Blumenthal und sogar Gymnasien – wie schon geschehen, aber nicht weiterverfolgt – könnten für eine Vielfalt von inklusiven Ausbildungsangeboten sorgen.

Die SPD Bremen-Nord setzt sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau von **Ganztagschulen** ein, auch im SEK I-Bereich. Beispielhaft für einen dringlichen Ausbau ist hier die Oberschule Lesum zu nennen.

Es ist anzustreben, dass alle Grundschulen gebundene Ganztagschulen werden. Solange dies nicht der Fall ist, müssen die offenen Ganztagschulen personell angeglichen und für geringverdienende Eltern bezahlbar werden. Denn dort wird eine Mittagsmahlzeit im Sinne einer gesunden Ernährung nicht für alle Eltern erschwinglich angeboten.

Für die Grundschulen, die noch nicht am Ganztagesrhythmus teilnehmen, muss das Hortangebot entsprechend verbindlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Schulzentren des **SEK II-Bereichs** sollen erhalten bleiben, und das gymnasiale Angebot profilgemischt vervollständigt werden, um die ganze Palette unterrichtlicher Inhalte auch in Bremen-Nord anbieten zu können, damit Schülerinnen und Schüler ihren Bildungsgang pädagogisch sinnvoll in der Region absolvieren können.

Die Kooperation zwischen **beruflichen** Bildungsträgern und Betrieben muss intensiviert und ausgebaut werden. Ebenso muss die Teilhabe an sozial gerechter Bildung durch mehr Durchlässigkeit und Weiterbildungsangebote gewährleistet sein.

Soziales

Die öffentlichen oder öffentlich geförderten Angebote im sozialen Bereich richten sich an alle Menschen in Bremen-Nord. Dabei wollen wir jedoch einzelne Gruppen, die einer Benachteiligung unterliegen, durch spezifische Angebote unterstützen.

Ziel einer sozialdemokratischen Sozialpolitik in Bremen-Nord ist es, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und solange wie möglich zu erhalten.

Deshalb setzen wir uns für eine **Familienpolitik** ein, die beiden Partnern die Möglichkeit einer Berufstätigkeit gewährt, aber vor allem auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien gleiche Chancen ermöglicht. Unter Berücksichtigung sozialer Brennpunkte wie z.B. in Blumenthal wollen wir ein ausreichendes Angebot für unter Dreijährige (U3) sowie ausreichend Hortplätze. Die Versorgung mit Krippenplätzen und KITAs muss sich am Bedarf ausrichten und sicherstellen, dass unabhängig von schriftlichen Anträgen der betroffenen Eltern ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Die Öffnungszeiten der Krippen und KITAs müssen vor allem am Nachmittag dringend erweitert werden, sonst kommen berufstätige Eltern und vor allem Alleinerziehende oft nicht zurecht. Bremen-Nord hat da einen deutlichen Nachholbedarf gegenüber Bremen-Stadt, dass möchten wir ändern.

In Ergänzung der Ganztagschule soll die gute Arbeit der Einrichtungen für die offene **Jugendarbeit** weiter unterstützt, finanziell abgesichert und gestärkt werden, um zukünftig eine notwendige und qualitativ gute Jugendarbeit vor Ort zu gewährleisten. Jugendangebote dürfen nicht durch steigende Personal- und Betriebskosten verringert werden. Dieses gilt auch für die Mädchentreffs in Bremen-Nord, damit sie ihre emanzipatorische Unterstützung unter anderem von Migrantinnen weiterführen können.

Der Erhalt von Selbstbestimmung und Selbständigkeit sowie der längstmögliche Verbleib in den vertrauten eigenen vier Wänden sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Altenpolitik. Die Nachbarschaftshilfe, die über die drei Dienstleistungszentren in Bremen-Nord vermittelt wird, ermöglicht vielen Älteren und Menschen mit Behinderung den Verbleib in der eigenen Wohnung. Um die gesellschaftliche **Teilhabe älterer Menschen** zu fördern und Isolation entgegen zu wirken, unterstützen wir die Arbeit der Begegnungsstätten in den Bremen-Norder Stadtteilen. Aufsuchende Altenarbeit ist zu fördern und auszuweiten. Ehrenamtliche und Angehörige, die sich für ältere Menschen einsetzen, verdienen Anerkennung und brauchen Beratung und Unterstützung. Beratungsstrukturen, wie die Dienstleistungszentren, der Pflegestützpunkt in Vegesack und die Förderung der Selbsthilfe, sind daher zu erhalten.

In der Unterstützung und Pflege muss ein breites und vielfältiges Angebot vorgehalten werden. Neben hauswirtschaftlichen Hilfen und ambulanter Pflege gehören dazu die Tagespflege, Pflegewohngruppen, Wohnen mit Service und stationäre Pflege. Insbesondere Stadtteilhäuser, die die Ehrenamtlichkeit und Nachbarschaft einbeziehen und sich mit verschiedensten Angeboten für alle Generationen öffnen, sind eine Alternative zu großen klassischen Pflegeheimen. Da bereits in großen Teilen von Bremen-Nord ein Überangebot an klassischen Heimplätzen besteht, setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Entwicklung und für die Vielfalt der unterstützenden Angebote ein.

Das neue stationäre **Hospiz** und die Arbeit der Freiwilligen in den Hospizvereinen verdienen Unterstützung und Anerkennung. Das Altern und auch das Sterben sind Teil des Lebens und gehören in die Mitte der Gesellschaft, nicht an den Rand geschoben.

Für bestimmte Zielgruppen wollen wir ein ausreichendes Platzangebot in Wohnheimen und betreutem Wohnen für physisch und psychisch Kranke. Unser spezielles Anliegen ist die Gleichbehandlung bei der Beschäftigung von Absolventen der Inklusions-Oberschulen und -Gymnasien.

Unterstützung von Zuwanderern

Wir unterstützen die Angebote für **Menschen mit Migrationshintergrund** vor Ort. Speziell Frauen aus der ersten Generation benötigen kostenlose Deutschkurse, unabhängig von der Länge des Verbleibs in Deutschland. Männer, die durch den Strukturwandel arbeitslos wurden, brauchen Qualifizierungsangebote; auch Rückkehrwillige wollen wir unterstützen.

Wir stellen fest, dass im letzten Jahrzehnt örtliche Konflikte öfter zu Bürgerkriegen mit ihren begleitenden Flüchtlingsströmen führten und wir uns in Deutschland vor dem dadurch entstandenen Elend nicht verschließen dürfen.

Die SPD in Bremen-Nord wird sich angemessen an den von Bremen übernommenen Verpflichtungen beteiligen und würdigt die Aktivitäten der Bremen-Norder Aufnahmestellen für Asylbewerber.

Wir unterstützen Initiativen der Bevölkerung für einen besseren Empfang und eine verstärkte Integration von Zuwanderern. Andererseits erwarten wir aber deren Integrationsbereitschaft, welche wir mit verpflichtenden sprach- und berufsbezogenen Kursen in ausreichenden Angeboten vor Ort unterstützen wollen. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Status oder Berufsaussicht sollen Zuwanderer sofort nach ihrer Ankunft die Möglichkeit bekommen, an diesen Kursen teilzunehmen.

Wir wollen auch Initiativen sowohl im Bereich Sport wie Kultur unterstützen, die die **Integration** aktiv fördern, und rufen alle Vereine und Institutionen auf, diesbezüglich tätig zu werden.

Bei der Vermittlung in Wohnungen wollen wir durch eine proportionale Verteilung von ethnischen und familialen Gruppen über die Stadtteile Ghetto-Bildung verhindern und Miet-leerstände nutzen. In der Berufsbegleitung von Zuwanderern wollen wir ihre vorhandenen Qualifikationen berücksichtigen und durch Qualifizierungsangebote ausweiten. Dabei wollen wir aber nicht zwecks schnellerer Integration die Qualifikationsvoraussetzungen bestehender Berufsbilder ändern. Das Recht zu einer frühen Arbeitsaufnahme wollen wir sicherstellen.

Arbeit und Wirtschaft

Bremen-Nord ist eine Region, die nach wie vor besonderer Impulse für Investitionen, Wachstum und nachhaltige Entwicklung bedarf.

Bremen-Nord mit seinen Betrieben, speziell mit dem produzierenden Gewerbe ist nach wie vor ein bedeutender Industriestandort im Land Bremen und leistet einen erheblichen Beitrag zum Arbeitsplatzbesatz der Region. Mit unserer zukünftigen **Wirtschaftspolitik** werden wir dem Rechnung tragen.

Wirtschaftspolitik ist eingebettet in das Gesamtpaket der Stadtentwicklung und ist Bindeglied zwischen Arbeitsförderung, Tagestourismus, Bildung und Verkehr.

Auf vorhandene Gewerbeflächen können wir nicht verzichten. Wir setzen uns dafür ein, diese zur Schaffung von Arbeitsplätzen vollständig zu nutzen.

Der **Tagestourismus** in Bremen-Nord (z.B. durch Städtetourismus) muss eine herausragende Rolle im Bremer Tourismuskonzept finden und gezielt vermarktet werden. Touristische Ziele und attraktive Freizeitmöglichkeiten hier im Norden sind professionell und intensiv über die ganze Stadt zu bewerben. Der Fahrradtourismus, die touristisch attraktiven Möglichkeiten auf dem Wasser von Weser und Lesum, Camping- und Wohnmobilangebote müssen gefördert und verbessert werden. Für Tagestouristen gilt es interessante Quer- und Längsverkehre am Fluss und über dem Fluss zu prüfen und entsprechende Fährverbindungsangebote zu schaffen.

Die **Jacobs University** hat eine hohe Bedeutung für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen. Der Standort ist für die wirtschaftliche Forschung langfristig zu sichern.

Der Staat muss aktiv in die Finanzierung eines **Science Center** eintreten. Die Realisierung eines Science Parks auf dem Universitätsgelände ist für die weitere Entwicklung und die strukturelle Stärkung der Jacobs University sowie der Region Bremen-Nord von hoher Bedeutung.

Die regionalökonomischen Effekte unter besonderer Berücksichtigung von Ausgründungen (Spin-Offs) können einen Strukturwandel und stärkere Arbeitsplatzeffekte in der lokalen Wirtschaft bewirken. Ein Ziel muss es sein, noch mehr Absolventinnen und Absolventen nach dem Abschluss in die lokale Wirtschaft zu integrieren.

Die Fiskaleffekte durch die Arbeitsplätze und die Wirtschaftskraft in Bremen-Nord sind enorm wichtig und unverzichtbar für Bremen-Nord.

Mit der Außenstelle der Wirtschaftsförderung im Stadthaus Vegesack ist eine Anlaufstelle für die Beratung in wirtschaftlichen Fragen stundenweise gegeben, sie muss erhalten bleiben.

Wir stellen uns vor, dass auch öffentliche oder öffentlich geförderte Institutionen wie das Arbeitsressort oder die Verbraucherzentrale ein stundenweises **Angebot in Bremen-Nord** vornehmen können; die Räumlichkeiten und damit eine infrastrukturelle Voraussetzung sind da.

Wir möchten, dass vor Ort Angebote gemacht werden können, die sonst nur im Innenstadtbereich vorgehalten werden.

Die **Arbeitslosigkeit** in Bremen-Nord ist im stadtbremischen Vergleich leider immer noch überproportional hoch. Wir sehen in erster Linie die hiesige Wirtschaft und ansässige Unternehmen in der Verantwortung, in Bremen-Nord Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, zu erhalten und auszubauen, da sie ein besonderes Interesse an der Förderung und Einstellung von Fachkräften haben.

Beim **Übergang von der Schule in das Berufsleben** wollen wir niemanden zurücklassen. Wir wollen allen Menschen die Möglichkeit eines selbst bestimmten Lebens mit aktiver Teilhabe am Berufsleben und in der Gesellschaft ermöglichen.

Wir begrüßen die Initiative der Ausbildungsgarantie, mit der alle Jugendlichen eine Chance auf den Erwerb eines Berufsabschlusses bekommen und unnötige Warteschleifen vermieden werden. Zusätzlich wollen wir zielgruppenspezifische Angebote für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in den Nordbremer Stadtteilen ausbauen.

Die Bündelung vorhandener Kompetenzen, die stadtteilnahe Vernetzung und die konkrete Zusammenarbeit von Schulen, Kammern, Wirtschaftsverbänden, verschiedenen Behörden, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter sollen in Jugendberufsagenturen erfolgen.

Alle jungen Menschen werden hierbei von der Schule bis zum Erwerb eines beruflichen Abschlusses im Blick behalten, beraten und unterstützt.

Wir wollen unseren Fachkräftenachwuchs von morgen gezielt fördern. Für uns ist ein Standort in Bremen-Nord bei der Etablierung von Jugendberufsagenturen in Bremen zwingend erforderlich.

Wir wollen weiter **öffentliche Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse** fördern, um den Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, die dauerhaft auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung mehr finden. Dabei soll mindestens der Status Quo an Eingliederungsmitteln in der Arbeitsmarktförderung erhalten bleiben.

Perspektivisch wollen wir mit Hilfe und gezielter Inanspruchnahme von europäischen-, Bundes-, und Landesmitteln Arbeit fördern. Ein besonderes Augenmerk richten wir in Bremen-Nord auf die Förderung von Langzeitarbeitslosen und betriebliche Umschulungen und Weiterbildungen.

Erfahrene Beschäftigungs- und Weiterbildungsträgern wie das ALZ und die BRAS leisten in der Region eine gute Arbeit und sind für die Zielerreichung unverzichtbar. Die Beschäftigung und Qualifizierung ist bei diesen regional verankerten Trägern mit praktischer Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die soziale Infrastruktur in Bremen-Nord verbunden.

Blumenthal hat von allen Stadtteilen Bremen-Nords das größte **Flächenentwicklungspotenzial** für Gewerbe, Natur und Tourismus. Die Mühlenstraße ist nicht mehr das Zentrum für den Einzelhandel. Hier bedarf es der förmlichen Feststellung eines Stadtumbaugebietes, um diesen Bereich anders zu gestalten.

Für das im Besitz der Stadtgemeinde befindliche BWK-Gelände muss die Entwicklung von Betrieben zur Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter ausgebaut werden.

Die Fläche des ehemaligen Vulkangeländes ist so zu gestalten, dass die Schaffung weiterer Arbeitsplätze ermöglicht wird. Das ansässige produzierende Gewerbe ist zu unterstützen.

Der 5. Bauabschnitt des Bremer Industrieparks ist dringend umzusetzen.

Vordringlich für die SPD ist auch die zügige Ansiedlung eines Verbrauchermarktes auf dem Parkplatz der ehemaligen Vulkan-Verwaltung.

Gesundheit

Das Thema Gesundheit darf nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Für uns leistet der Gesundheitsbereich auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Gesund sein und bleiben will jeder Mensch. Präventive Angebote, die der Akzeptanz der unterschiedlichen Adressaten Rechnung tragen, befördern diesen Wunsch.

Wir wollen das qualitativ gute Niveau der gesundheitlichen Versorgung in Bremen-Nord erhalten und weiter ausbauen. Von zentraler Bedeutung ist hierbei unser kommunales **Klinikum Bremen-Nord (KBN)**.

Haus- und fachärztliche Versorgung in Bremen-Nord muss sichergestellt sein, auch im psychotherapeutischen Bereich. Eine Konzentration von Fachärzten auf Stadtteile mit einem hohen Anteil von privatversicherten Patienten ist nicht akzeptabel.

Senat und Geschäftsführung der Gesundheit Nord haben im Medizin-Konzept 2017 Entscheidungen zum Klinikum Bremen-Nord, die in der Vergangenheit getroffen wurden, korrigiert. Künftig wird dem KBN eine wichtige Rolle als Regionalversorger für Bremen-Nord und umzu deutlich zugewiesen. Der Schwerpunkt „Alte Menschen“ entspricht der demographischen Entwicklung. Dieser Entwicklung wird mit dem Ausbau der Altersmedizin Rechnung getragen.

Die qualitativ hochwertigen Behandlungsangebote müssen gesichert, weiterentwickelt und ergänzt werden. Beispielhaft ist hier die Etablierung der Fachklinik für Lungenkrankheiten und der nicht-invasiven Kardiologie, verbunden mit der Kooperation mit der kardiologischen Praxis im Praxisgebäude, zu nennen.

Die Entscheidung, die Versorgung von Level-II-Frühchen wieder im KBN anzubieten, ist richtig; die ausdrückliche Entscheidung, die Kinderklinik nicht zur Disposition zu stellen, begrüßen wir. Die Frauenklinik wird gestärkt durch die erneute Etablierung von Behandlungsangeboten, insbesondere im Bereich Brustkrebs.

Im Rahmen des Ausbaus des Psychiatrischen Behandlungszentrums muss die Eigenständigkeit des Behandlungsangebots, auch für das Umland, gewährleistet sein. Das Angebot einer Behandlung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, bisher nur tagesklinisch, wird gut angenommen. Die Ausweitung, auch auf ein stationäres Angebot, ist unbedingt notwendig.

Erwachsene mit geistiger und schwerer Mehrfachbehinderung sind medizinisch oft schlecht versorgt. Bundesweit wird die Errichtung Medizinischer Zentren für diese Menschen diskutiert. Die SPD fordert die Einrichtung eines solchen Zentrums in Bremen und könnte sich Bremen-Nord mit seinen Einrichtungen der Behindertenhilfe gut als Standort vorstellen.

Patienten und Patientinnen werden von Menschen versorgt. Diese Menschen sollen ihre Arbeit gut machen können und sie sollen unter fairen Bedingungen arbeiten. Wir wollen eine Arbeit für die Beschäftigten mit ordentlicher **Tarifvergütung** und abgesicherten, unbefristeten Arbeitsverträgen. Im engen Kontakt mit den Beschäftigten werden wir dem größten Arbeitgeber in Bremen-Nord unsere besondere Beachtung schenken.

Eine Regionalisierung der **Krankenpflege**ausbildung, auch in Kooperation mit der Stiftung Friedehorst, sollte eine prüfbare Option sein.

Die SPD setzt sich für eine gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern ein, insbesondere in der Pflege.

Gesundheit ist ein wichtiger wirtschaftlicher und beschäftigungsrelevanter Zukunftsbereich. Neben dem Klinikum Bremen-Nord gehören hierzu die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie die Stiftung Friedehorst mit ihren gesundheitswirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Als SPD setzen wir uns für ein **solidarisch** organisiertes und finanziertes **Gesundheitssystem** ein, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine gute bezahlbare medizinische Versorgung vor Ort zu gewährleisten. Dazu gehört die Einführung einer bundesweiten **Bürgerversicherung**.

Kultur

Wir wollen für Bremen-Nord, als Teilstadt mit 100.000 Einwohner/innen und als Zentrum der vielen Umlandgemeinden, ein attraktives und wohnortnahes **Kulturangebot** durch eine erweiterte Kooperation und Bündelung von Aktivitäten und die Unterstützung des Kulturbüros Bremen-Nord. Notwendig dafür ist eine auskömmliche finanzielle Ausstattung aller kulturellen Einrichtungen durch Programm- und Projektmittel.

Einrichtungen wie Volkshochschule, Stadtbibliothek, Musikschule, Museen und Ökologiestation unterstützen ein lebenslanges Lernen, das in der heutigen Wissensgesellschaft in einer globalen Welt eine besondere Bedeutung für jeden Einzelnen einnimmt.

Wir wollen diese Institutionen auch für eine gemeinsame Zusammenarbeit auch in Kooperation mit den schulischen Angeboten unterstützen. Insbesondere die Zweigstelle der Volkshochschule ist in ihrer Breite und Qualität zu erhalten.

Bremen-Nord verfügt in seinen Stadtteilen über eine große Zahl von wohnungsnahen Angeboten, die z.B. auch über die Stadtteilgrenzen hinaus, auch im niedersächsischen Umland, wahrgenommen werden.

Das Gustav-Heinemann-**Bürgerhaus**, Begegnungsstätten für Jung und Alt sowie Nachbarschaftshäuser mit einer Vielzahl von Nutzergruppen gelten als demokratische Zentren, als Orte der Begegnung und der kulturellen Bildung und sind für Bremen-Nord unverzichtbar. Mit der Entwicklung eines zukunftsfähigen Programms kann auf die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen reagiert werden, da das Bürgerhaus eine zentrale Rolle in Bremen-Nord einnimmt und eine Leuchtturmfunktion hat.

Das kulturelle Angebot einer Stadt nimmt einen hohen Stellenwert für den Tourismus ein, es ist ein wichtiger Standortfaktor für Firmen und Arbeitnehmer/innen, die sich in Bremen-Nord ansiedeln wollen. Es trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei, und motiviert Menschen zur Teilhabe am öffentlichen Leben und ermöglicht Begegnungen über soziale Grenzen hinweg.

Der historische, denkmalgeschützte Wätjens-Park, der Knoops Park mit seinem Kulturangebot „Sommer in Lesmona“ sowie der Stadtgarten Vegesack sind zu erhalten. Die denkmalgeschützte Burg Blomendal sowie das Schloss Schönebeck sind bedeutende Baudenkmäler und Ort für vielfältige kulturelle Ereignisse. Sie werden von uns unterstützt wie auch die Errichtung eines neuen kulturellen Ortes auf dem Gelände der BWK in und um das Sortiergebäude.

Der **Denkort** Bunker Valentin bedarf als eine Gedenkstätte von nationaler und europäischer Bedeutung einer weiteren personellen und finanziellen Förderung; die Verkehrsanbindung muss auch verbessert werden.

Stadtentwicklung und Wohnen

Mit dem Begriff Stadtentwicklung verbinden wir Sozialdemokraten einen der wichtigsten Bausteine für unser alltägliches Leben. Es ist die Beziehung des Menschen zu seinem direkten **Lebensumfeld**. Deshalb ist es wichtig, dass die Grundlagen hierfür vorhanden sind, erhalten und weiterentwickelt werden.

Eine Stadt muss mehrere Dinge erfüllen. Dazu gehören vor allem die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Bildung, Verkehr und Freizeit. **Stadtentwicklung** muss flexibel und doch weitblickend verlässlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in diesem Zusammenhang das „alte Blumenthaler Zentrum“ zum Stadtumbaugebiet erklärt wird. Vorhandene Konzepte sollten richtungweisend sein, ohne jedoch einengend und beschränkend zu wirken.

Es muss eine Diskussion ermöglicht werden, die neuen Anforderungen versucht gerecht zu werden. Harte Fakten müssen berücksichtigt werden. Wenn in Bremen fast jeder zweite Haushalt ein Single-Haushalt ist und das Durchschnittsalter der Wohnbevölkerung steigt, so müssen sich der Zuschnitt und die Ausstattung der Wohnungen darauf ausrichten.

Der durch die Bremische Landesverfassung garantierte Anspruch auf eine angemessene Wohnung und die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** sind von wichtiger Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie tragen entscheidend zur Verbesserung der sozialen Lage bei und sind eines unserer sozialdemokratischen Ziele. Wohnraum darf aus Sicht der SPD nicht zum Objekt von Spekulation und Abschreibung werden. Deshalb ist für die SPD öffentliche Einflussnahme, z.B. über die GEWOBA, notwendig, um schneller als bisher auf den Ankauf und die Modernisierung von städtebaulich problematischen Wohnungen reagieren zu können. Wir werden durch eine Gesetzesinitiative die Grundlage für den Erwerb von Wohnanlagen schaffen. Verpasste Chancen wie bei der Grohner Düne, der Scheringer oder der Bürgermeister-Kürten-Straße darf es nach Auffassung der SPD nicht mehr geben.

Es sind bereits einige **Modernisierungs**-Projekte von Wohnungsbaugenossenschaften im Altbestand und Neubau-Gebiete von Investoren in der Umsetzung oder der Planung. Dass dabei bedarfsgerecht gebaut wird, zeigen Beispiele der Nachnutzung des ehemaligen Sportplatzes Grohn und einer Spedition im Zentrum von Vegesack.

Die Umsetzung des Baulückenkatasters wird nach wie vor uns aufrechterhalten. **Baulücken** schließen hat Vorrang vor Flächenfraß. Aber auch die Umstrukturierung von ehemaligen Einkaufslagen zu zentrumsnahen Wohnlagen muss geprüft werden. Hier ist die Mühlenstraße in Blumenthal ein Beispiel, in das wir viel Energie und Kreativität einbringen wollen. Die Bevölkerung muss von Anfang an eingebunden und informiert werden.

Es ist die Aufgabe der gewählten politischen Gremien, vom Beirat beginnend über die Deputation bis hin zur Stadtbürgerschaft, diese Beteiligung anzustoßen und zu begleiten. Dieses ist eine Selbstverpflichtung der Sozialdemokratie. Dazu ist eine funktionierende Verwaltung erforderlich. Sie muss Wege und Möglichkeiten aufzeigen, wie die Umsetzung von Ideen und Investitionen gelingen kann und den kommunalpolitischen Zielen entspricht. Sie muss die gesetzlichen Vorgaben auf Einhaltung prüfen, aber ebenfalls die Spielräume innerhalb der Vorschriften anbieten. Wir brauchen diese Verwaltung in Bremen-Nord und deshalb sprechen wir uns klar für den Erhalt des **Bauamtes Bremen-Nord** als bürgernahen Dienstleister für die gesamte Region aus. Nicht alle Wohnungsbauprojekte werden von den vorhandenen Anwohnern akzeptiert. Dieses muss respektiert werden. Gleichzeitig ist es aber Ansporn für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sich noch mehr mit den Bürgern und deren berechnigte Interessen und dem Allgemeinwohl auseinanderzusetzen. Nach einer umfassenden Diskussion und demokratischen Abstimmungen, gilt es die getroffenen Entscheidungen zu vertreten, den Betroffenen zu erläutern und die Umsetzung zu befördern.

Stadtentwicklung und Verkehr

Einen besonderen Teil der Stadtentwicklung beinhaltet der Bereich Verkehr. Unser gesamtes Leben lang bewegen wir uns im öffentlichen Verkehrsraum. Dabei nutzen wir die unterschiedlichsten Verkehrssysteme. Mal ist es altersbedingt, weil an einen Führerschein gebunden, mal die finanzielle Situation, die uns die Art der **Mobilität** vorgibt. Auch die individuellen gesundheitsbedingten Einschränkungen wirken sich aus. Genauso unterschiedlich sind die Anlässe, weshalb wir zum Verkehrsteilnehmer werden. Der Weg zur Schule oder zum Arbeitsplatz, der persönliche Einkauf oder die Gestaltung der Freizeit. Immer sind Distanzen zu überwinden, die bei unseren Entscheidungen zu beachten sind.

Eine gute Verkehrspolitik zeichnet sich nach Auffassung der SPD dadurch aus, dass der unterschiedliche Bedarfe und die unterschiedlichen Anforderungen nicht gegeneinander gestellt werden, sondern neben- und miteinander Berücksichtigung finden. Der umweltfreundliche Fahrradverkehr hat die gleiche Berechnigung wie der Wirtschaftsverkehr. Der Individualverkehr ist genauso erforderlich, wie Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV).

Im **ÖPNV** ist in den vergangenen Jahren viel geschehen. Die Wiederbelebung des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn und die Umstrukturierung des Busliniennetzes sind dafür der Beweis. Die Zusammenführung von Bus und Bahn im Bereich Bahnhof Blumenthal war eine längst fällige Maßnahme. Die Attraktivität des ÖPNV hängt von der Verknüpfung der Systeme und deren Anschlussqualitäten ab. Kurze und sichere Wege beim Umsteigen sowie eine hohe Taktfolge und der Einsatz moderner und umweltverträglicher Fahrzeuge können zur Steigerung des Fahrgastaufkommens erheblich beitragen. Die beste Anschlussverbindung besteht darin, dass nicht umgestiegen werden muss. Daher werden wir auf **durchgehende Züge** zwischen Bremen-Farge und Bremen-Hauptbahnhof beharren. Die Bevölkerung knüpft diese Bedingungen an die Nutzung des ÖPNV. Der Gedanke der umweltverträglichen Fortbewegung wird mehr und mehr beachtet. Deshalb ist für die SPD die **Elektromobilität** ein wichtiges Themenfeld. Unser Ziel ist die Ausweitung von Lademöglichkeiten – „Stromtankstellen“ - für zwei- und vierrädrige Elektrofahrzeuge. Dieses könnte zum Beispiel nach dem Prinzip der „netten Toilette“ geschehen. Aber auch öffentliche Räume sollen dafür nutzbar gemacht werden.

Neben hoher Taktfolge und sicheren Anschlüssen ist der Tarif ein wichtiger Teil. Deshalb sind wir sehr zufrieden, dass der einheitliche ÖPNV-Tarif in der Stadtgemeinde Bremen Einzug gehalten hat. Das lange und teilweise zähe Ringen um die Vereinheitlichung des Tarifes war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Herzensaufgabe geworden.

Der Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen hat eine wichtige Funktion für die gesamte Region. Ein Verbund hat zur Aufgabe, dass Verbindungen entstehen. Wir wollen als SPD prüfen lassen, ob auch die **Fähren** zwischen der Wesermarsch und Bremen-Nord in diesen Tarifverbund aufgenommen werden können.

Die Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsmitteln bedingt die Schaffung von sicheren und ausreichenden Stellplatzkapazitäten. Ein Beispiel für eine Erweiterung des Stellplatzangebotes ist eine Aufstockung des Parkhauses am Bahnhof Bremen-Burg. Parkplätze für Fahrräder und Kraftfahrzeuge an zentralen Orten müssen benutzerfreundlich angelegt sein. Hier können die bereits erwähnten „Stromtankstellen“ eingerichtet werden. Damit einher geht eine Prüfung über weitere Car-Sharing Angebote in Bremen-Nord.

Neben dem ÖPNV und dem Individualverkehr hat der Wirtschaftsverkehr für Bremen und die Region eine herausragende Bedeutung. Auch für die Wirtschaft sind „kurze Wege“ wichtig. Deshalb fordern wir den zügigen Bau des Wesertunnels im Verlauf der A 281. Die Erschließung des **Bremer Industriepark** über die durchgängigen Autobahnverbindungen A1 / 27 schafft nicht nur Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, sondern entlastet auch innerörtliche Wohn- und Geschäftsstraßen. Deshalb steht die SPD Bremen-Nord an der Seite der Bürgerinnen und Bürger in Burglesum und unterstützt deren Forderung nach Herausnahme des Heerstraßenzuges aus dem LKW-Führungsnetz. Gleiches gilt für den Bereich Rönnebecker und Dillener Straße in Blumenthal. Mit einer komfortablen Verbindung von A 27 und A 270 mit der Weiterführung der B74, ist ein parallellaufendes Angebot an den LKW-Verkehr nicht zeitgemäß. Über eine sanierte A 270 mit der hohen Dichte an Auf- und Abfahrten kann der überwiegende Teil des Schwerverkehrs abgewickelt werden.

Mit dem öffentlichen Verkehrsraum gewährleistet die Stadt nicht nur die Mobilität ihrer Einwohner und Besucher. Gleichzeitig stellt die **Verkehrsinfrastruktur** einen Wert für die Stadtgemeinde Bremen dar. Diese Werte gilt es zu erhalten und auszubauen. So wie die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümer der A 270 diese Verbindung sanieren muss, so müssen wir das Bremische Straßennetz in seinem Wert erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Stufenplan zur Sanierung und Erhaltung des Straßennetzes aufgelegt wird.

Dabei werden wir nicht auf den zeitgemäßen Ausbau von Straßen verzichten können. Je nach Bedeutung und Funktion der Straße im Netz, der Notwendigkeit der Maßnahme und deren Finanzierbarkeit, stellen wir uns der Entscheidung und werden diese offen vertreten. Um dabei

finanzielle Härten für die Anlieger abzumildern, werden wir prüfen lassen, ob es flexiblere Möglichkeiten der Beteiligung an den Ausbaurkosten geben kann. Bei einem positiven Prüfergebnis werden wir diese Möglichkeiten der Bevölkerung aufzeigen und anbieten.

Energie und Umwelt

Die SPD in Bremen-Nord bekennt sich zur Energiewende. Wir wollen den Anteil des Atomstroms und der fossilen Brennstoffe so schnell es geht verringern und die Nutzung von regenerativen Energien vorantreiben. Regenerative Energiepotenziale schaffen dezentrale Arbeitsplätze bei Installation, Wartung, Ausbau, Kopplung und Vertrieb. Die Energiewende ist Teil der Umweltpolitik! Wir wollen den Menschen den Zusammenhang zwischen ihrer Gesundheit und ihrer Umwelt immer wieder deutlich machen. Wir möchten diese Ziele nicht nur allgemein unterstützen, sondern auch für Bremen-Nord konkretisieren.

Wir werden daran mitarbeiten, für regenerative Energien (Windkraft, Sonne, Erdwärme) in Bremen-Nord **Standorte zu finden**, durch die wir unseren Beitrag zur Energiewende erhöhen können. Dabei werden wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, aber auch deutlich machen, dass das Gelingen der Energiewende in unser aller Verantwortung liegt.

Bei öffentlichen Gebäuden streben wir an, neben energetischer Gebäudeoptimierung durch Wärmedämmung und Stromeinsparungen (LED, stromarme Technik, etc.), Dachflächen und ggf. Grünflächen für regenerative Nutzung bereitzustellen, damit sie von Energieunternehmen wie swb oder von BürgerInnen-Genossenschaften genutzt werden können.

Wir werden das vorhandene **Solarkataster** Bremens in Bremen-Nord bekannter machen. Das Solarkataster zeigt für jedes Gebäude, ob sich Photovoltaik lohnt zu installieren. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Förderprogramme für Investitionen in diesem Bereich bekannter machen und uns dafür einsetzen, dass die Förderungen für Vermieter und Hausbesitzer unbürokratisch und schnell zur Verfügung stehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass vom Umweltressort ein Programm entwickelt wird, wie die öffentlichen Gebäude in Bremen-Nord für Solarstrom genutzt werden können. Dabei sollen Investitionen von Bürgerinnen und Bürgern in Genossenschaften oder ähnliche zu schaffende Institutionen möglich sein.

Wir werden die **Ökologiestation** zum Bremer Lehr- und Lernzentrum für Energie und Umwelt ausbauen helfen, in Kooperation mit den Bremer Universitäten und Hochschulen. Deshalb muss das Gelände der Ökologiestation weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Durch gemeinsame **Veranstaltungen** mit Verbraucherzentrale, Arbeiterkammern, Energiekonsens, BUND u.a. wollen wir die Vernetzung der Akteure stärken und den Bürgern und Bürgerinnen die Zusammenhänge zwischen Verhalten und Umwelt deutlich machen.

Und wir werden uns dafür einsetzen, dass Lehrer und Schüler dieses neu zu gestaltende Angebot für ihren Unterricht nutzen.

Wir werden nicht hinnehmen, dass die Bewältigung der Umweltkatastrophe „**Tanklager Farge**“ vernachlässigt oder verzögert wird. Aussitzen, Vertuschung, mangelnde Transparenz und Schuldverschiebungen sind zu verhindern. Wir werden den Bund nicht aus der Verantwortung entlassen! Wir werden die Bürgerinitiative bei der Verbreitung von Informationen unterstützen.

Der zurzeit vorliegende Masterplan zur Sanierung der Boden- und Grundwasserkontamination, die vom Tanklager Farge stammt, trifft nur sehr vage Aussagen über technische und zeitliche

Abläufe, jedoch nichts über konkrete ortsbezogene Maßnahmen und daraus zu erwartende Ergebnisse, z.B. zur Reduzierung des Gehaltes an Benzol oder MTBE oder anderer Gefahrstoffe, ebenso wenig über Einrichtungen, die eine Wanderung gesundheitsgefährdender Substanzen in Richtung Trinkwasserbrunnen mittels Hemmung und Ableitung mit anschließender Entfernung aus Erdreich und Grundwasser ermöglichen. Eine Prioritäten-
setzung ist sinnvoll!

Es ist unser Anliegen, für das Tanklager Farge ein konkretes Vorgehen für die kommende Legislaturperiode zu garantieren. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass das Umweltressort ggf. mit Hilfestellung durch wissenschaftliche oder sonstige geeignete Institutionen Kriterien erarbeitet mit möglichen Lösungswegen, um eine schrittweise Sanierung von Boden und Grundwasser zu erreichen.

Ehemalige wilde **Mülldeponien** in Bremen-Nord bedürfen einer zeitnahen Sanierung, wie z.B. in der Claus-von-Lübken-Straße. Hier sind durch vergrabene Gebinde im Laufe der Jahrzehnte giftige Chemikalien ins Erdreich gelangt und gefährden das Grundwasser sowie die Trinkwasserversorgung. Bekannt ist eine Wasseranalyse aus diesem Raum mit ungewöhnlich niedrigem pH-Wert, der einer schlüssigen Erklärung bedarf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bald möglichst Klarheit über die Ursachen und dem Umfang hergestellt wird und Schritte zur Beseitigung eingeleitet werden.

Wir wollen frühzeitig eine Diskussion um eine langfristige politische Zielsetzung für das **Kraftwerk Farge** in Gang bringen. Uns sind die Arbeitsplätze dort sehr wichtig, und wir wollen erreichen, dass sie erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden, allerdings unter Einbeziehung in die Energiewende-Planung in Bremen!

Außerdem setzen wir uns unter Umweltgesichtspunkten dafür ein, dass die Kohletransporte wieder dauerhaft auf das Wasser verlegt werden. Eine geringfügige Profitmaximierung darf nicht durch erhöhte Lärm- und Staubbelastung von vielen Bürgerinnen und Bürgern erkaufte werden; der ÖPNV leidet unter den eingeschobenen Kohletransporten, und die Hausbesitzer an der Bahnstecke bangen um den Wert ihres Besitzes.

Die drei in Bremen-Nord vorhandenen **Recyclinghöfe** müssen aus Umweltgründen weiterhin bestehen bleiben und sogar ausgebaut werden. Es ist sinnvoll, Wertstoffe als Kommune zu verwerten und so Kosten zu senken und dies nicht Privaten zu überlassen. Wir werden uns für eine weitestgehende Verwertung von Wertstoffen durch die Kommune einsetzen und versuchen, Bremen-Nord mit den drei Recyclinghöfen zu einer Modellregion für Bremen und Bremerhaven zu machen.

Der Erhalt und die Pflege unserer **Grünflächen** (wie z.B. Knoops Park, Stadtgarten oder Wätjenpark) als Naherholungsgebiete, aber auch für unsere Gäste in Bremen-Nord, sind uns sehr wichtig. Nur gepflegte Grünflächen werden gerne genutzt und sind auch ein Aushängeschild für die gesamte Region. Wir möchten mit dem Umweltbetrieb nach Lösungswegen zur besseren Betreuung und Pflege suchen.

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung gehören zu den politischen Aufgaben einer Region, die darauf bedacht ist, mittel- und langfristig eine Existenzgrundlage für Menschen zu schaffen, erhalten und auszubauen. Zudem beleben Studierende und Mitarbeiter von Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung die nähere Umgebung und prägen diese auch gesellschaftlich.

Bremer Hochschulen liegen bei Forschungsexzellenz, bildungsgerechten Studienangeboten – einem zentralen Interesse der SPD – und Internationalität im Spitzenbereich der Bundesrepublik.

Die Zukunft Bremen-Nords wird somit auch von einer solchen Einrichtung bestimmt und hat bereits positive Auswirkungen durch die Ansiedlung einer privaten Universität in Bremen-Nord, der „**Jacobs University Bremen**“ in Grohn, erfahren. Die SPD Bremen-Nord unterstützt daher Maßnahmen, welche den Erhalt und den Ausbau von wissenschaftlichen Einrichtungen an diesem Standort ermöglichen.

Auch und gerade ein Land in finanzieller Notlage darf diese Substanz nicht einem blinden Sparwillen opfern. Das heißt nicht, dass wir jeden Studiengang und jedes Spezialfach um jeden Preis erhalten wollen. Die genannten Spitzenqualitäten jedoch einzuschränken, würde dem Land gerade auch finanziell auf Dauer schaden.

Auch die Ansiedlung von Einrichtungen, welche die Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung umsetzen, wird durch die SPD Bremen-Nord unterstützt. Das Gleiche gilt für Maßnahmen, welche den Verbleib derartiger Einrichtungen in Bremen-Nord fördern.

Die SPD begrüßt, dass die Jacobs University den aussichtsreichen Weg der **Konsolidierung** eingeschlagen hat, und sie wird sie weiter unterstützen. Sie begrüßt die Konzentration der Kräfte auf drei zentrale Forschungs- und Lehrbereiche, insbesondere den Bereich Gesundheit, der vielfältige Bezüge zum Stadtbezirk herstellen und endlich den Science Park beflügeln kann.

Wir erkennen an, dass sich die Jacobs University hier im Norden in Projekten engagiert, die wichtigen sozialdemokratischen Zielen dienen, wie Flüchtlingsarbeit und Bildungsintegration, und werden dort die Zusammenarbeit vertiefen. Dies betrifft insbesondere den Bereich Sport.

Wir werden allerdings die Jacobs University auch immer wieder auffordern, mit den anderen Hochschulen des Landes intensiver zu kooperieren und intensiven **Wissenstransfer** zu betreiben, und zwar nicht mehr nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre. Dadurch kämen die Qualitäten der Jacobs University prinzipiell allen Studierenden in Bremen zugute, und das ist unser Ziel.

Der Erfolg von wissenschaftlichen Einrichtungen an einem Standort wird wesentlich durch ihre Mitglieder bestimmt. Zum Erfolg ist ein Zusammenarbeiten der Mitglieder mit denen benachbarter Wissenschaftsstandorte von Vorteil. Eine gute Infrastruktur erleichtert diese Zusammenarbeit.

Das **Einwerben von Wissenschaftlern** an einen Standort wird auch vom vorhandenen Wohnungsangebot angemessener Qualität beeinflusst. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende ist ebenso nötig, damit die Studierenden nicht aus diesen Gründen heraus andere Standorte für Wissenschaft und Forschung bevorzugen oder an diese wechseln.

Eine Maßnahme der SPD Bremen-Nord wird daher sein, im Rahmen der Stadtentwicklung auf ausreichenden Wohnraum mit angemessener Qualität für Angehörige von Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung zu achten.

Sport

Der Sport übernimmt existentiell wichtige Funktionen in der Gesellschaft, wie zum Beispiel die Integration von MigrantInnen, Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Gruppen. Gerade auch die aktuellen Bemühungen um die **Inklusion** in allen Bereichen des Alltages sehen im Sport eine große Chance der Verwirklichung. Deshalb ist es Ziel der SPD, den

Breitensport für alle zugänglich zu halten, die Angebote vor Ort zu garantieren und im Sinne des Sportförderungsgesetzes annähernd barrierefrei zu gestalten.

Die SPD möchte als verlässlicher **Anwalt des Sports** in Bremen-Nord wahrgenommen werden und die Vereine und den Kreissportbund stärken, indem wir z.B. den zuständigen Senator immer wieder über den Zustand aller Sportstätten in Bremen-Nord (inkl. der Dusch- und Umkleieräume) unterrichten und uns für deren Sanierung einsetzen. Erste Schritte auf diesem Weg sind bereits gemacht wie die Einforderung des Bestandsschutzes des Sportbades Nord und die Anmahnung der dringenden Verbesserung der Turnhalle Ludwig-Jahn-Straße.

Beim Burgwallstadion ist der Sanierungsbedarf anerkannt und finanziert und genießt demnächst oberste Priorität in Bremen. Wir werden unseren Einfluss geltend machen, den geplanten Science Park der Jacobs University in Richtung ehemaliges Steingutgelände zu erweitern, um so die Oeversberganlage für den vielschichtigen Sportbetrieb zu sichern.

Darüber hinaus wirken wir auf die Beibehaltung der **dritten Sportstunde** im Schulunterricht hin, die für Heranwachsende so wichtig ist. Dabei spielt für uns die Betätigung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des organisierten Sports eine gleichberechtigte Rolle. Vereine sind in ihrem unverzichtbaren **ehrenamtlichen Engagement** zu unterstützen und entsprechend zu fördern. Die Übungsleitervergütungen müssen auch in Zukunft gesichert sein. Im Bereich des Schwimmsports speziell ist zu überprüfen, ob in allen drei Bremen-Norder Bädern die Konditionen wie Eintrittspreise und vor allem Öffnungszeiten dem niedersächsischen Umland anzugleichen sind.

Neben der allgemeinen Öffnung der JUB in den Stadtteil und die Region hinein, sind für die SPD auch die Öffnung der Campus-Sportstätten und eine verstärkte Kooperation mit den Vereinen in Bremen-Nord sehr wichtig.

Öffentliche Sicherheit

Wir fordern eine **bürgernahe Polizei**, und zwar in allen drei Stadtteilen in Bremen-Nord. Die Polizeireviere sind ausreichend mit Personal und Ausstattung zu versehen, so dass weiterhin eine qualifizierte Polizeiarbeit für die Menschen in Blumenthal, Burglesum und Vegesack gewährleistet ist.

Eine starke **Präsenz** der Polizei vor Ort bei der Verfolgung von Straftaten sowie auch die wichtige **Präventionsarbeit** ist für die Bevölkerung unverzichtbar. Unsere Anerkennung für ihre Arbeit haben insbesondere alle Polizisten im Einsatz.

Zur Vermeidung örtlicher Angsträume fordern wir an diesen Plätzen mehr polizeiliche Präsenz und behördliche Realisierung von Präventionsmaßnahmen wie z.B. eine bessere Beleuchtung.

Wir fordern mehr Präventionsberatung und Aktionen wie z.B. im Bereich Einbruchschutz.

Die bewährte Arbeit der **Kontaktpolizisten** ist abzusichern und auszubauen, da besonders in belasteten Wohngebieten deren aufsuchende Arbeit ein wichtiger Teil der Prävention ist.

Die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren bilden die **öffentliche Feuerwehr** und stellen ein effizient funktionierendes Hilfeleistungssystem in der Stadtgemeinde sicher.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Standorte der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren in Bremen-Nord personell, fachlich und ausstattungsmäßig verbessert werden. Die technische Ausrüstung muss dem Anspruch einer modernen Wehr entsprechen.

Mit den Jugendfeuerwehren leisten die Freiwilligen Feuerwehren ein besonderes soziales Engagement in der Jugendarbeit. Dieses wird von uns geschätzt und weiterhin tatkräftig unterstützt.

Beiräte und Ortsämter

Die drei Beiräte und die jeweiligen Ortsämter sind ein unverzichtbares politisches Bindeglied zwischen Bürger und Verwaltung.

Wir setzen uns dafür ein, dass durch **Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern** an der Weiterentwicklung des Stadtteils die Beiräte Unterstützung erfahren, wie z.B. im Bürgerbeteiligungsverfahren ZZV (Zukunft Zentrum Vegesack) und in den Bürgerforen zum Heerstraßenzug in Burglesum, wo konkrete Wünsche erfasst wurden und in die Beiratsarbeit einfließen. Durch eine stärkere konstruktive Beteiligung in kommunalpolitischen Prozessen wird die unmittelbare Demokratie in den Stadtteilen gefördert.

Die Einrichtung von **Jugendbeiräten** und/oder Durchführung von **Kinder-Jugend-Foren** halten wir für unverzichtbare Beteiligungsformen.

Wir wollen, dass in Bremen-Nord alle drei **Beiräte und Ortsämter erhalten** bleiben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie und sind ein Garant für eine bürgernahe Verwaltung. Sie sind daher für die Erledigung ihrer Aufgaben personell und finanziell angemessen auszustatten.

Die Beiräte müssen weiterhin stadtteilbezogenen Projekte initiieren und finanziell unterstützen können; die **Globalmittel** müssen abgesichert werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel der **Stiftung Wohnliche Stadt** erhalten und die Impulsmittel wieder eingeführt werden. Ohne sie sind viele örtliche Maßnahmen auf Beiratsebene nicht mehr durchführbar.

Die Entscheidungen der Beiräte müssen über die Ortsämter von den Behörden zeitnah behandelt, sofern möglich und finanziell machbar umgesetzt werden; andernfalls ist der Beirat zeitnah zu informieren.

Die behördlichen Planungen sind im Wege von **Planungskonferenzen** dem Beirat mitzuteilen, damit eine frühzeitige Beteiligung und Vernetzung zwischen Bürgerinteressen und örtlichem Bedarf erreicht werden kann.

Im Rahmen des Bürgerservice setzen wir uns dafür ein, dass das **Dienstleistungsangebot** den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend in Bremen-Nord vorgehalten wird; z.B. ist das Bauamt Bremen-Nord für uns unverzichtbar

Die Arbeit des **Rathaus-Arbeitskreises** für Bremen-Nord hat das Ziel, die strukturellen Defizite des Stadtbezirks aufzuarbeiten und abzubauen. Erste wichtige Impulse sind gesetzt worden, das Ziel aber noch nicht erreicht. Die Arbeit des Rathaus-Arbeitskreises ist daher fortzuführen und auszubauen.

Beschlossen am 18.2.2015

SPD Unterbezirk Bremen Nord • Alte Hafestraße 26 • 28757 Bremen

Telefon 0421/ 66 42 20 • E-Mail info@spdbremennord.de